

Dienstag, 31. Juli 2007

Ich bin der Staat

Die internationale Rechtssoziologie
geht mit George Bush ins Gericht

Jahrelang trat George W. Bush an jedem 26. Juni, dem internationalen Tag der Folteropfer, vor die Mikrofone der Nation und verkündete, dass sein Land jegliche Art der Folter verurteile. Seit 2004 spart sich der Präsident diesen Auftritt. Für Jamil Dakwar, Anwalt und Menschenrechtsspezialist aus New York, liegt der Grund auf der Hand: „Ein solches Statement wäre heute einfach lächerlich.“ Seit die Fotos aus Abu Ghraib in die Welt kamen und von CIA-Gefängnissen außerhalb der USA die Rede ist, hat sich die Bush-Administration gründlich diskreditiert.

Diese Meinung teilten so gut wie alle Wissenschaftler und Menschenrechtsaktivisten, die in Berlin beim internationalen Kongress der amerikanischen „Law and Society Association“ über „Recht und Gesellschaft im 21. Jahrhundert“ debattierten. „Law and society“ oder „socio-legal studies“ heißt das amerikanische Pendant zur deutschen Rechtssoziologie, die das triste und immer trister werdende Dasein eines Orchideenfaches fristet. Weggesparte Lehrstühle, ausbleibender Nachwuchs, mangelnde Effizienz – die Amerikaner haben an der Humboldt-Universität vorexerziert, warum ihnen eine derartige Marginalisierung nicht passiert: So viel Vergnügen an Debatte und Streit, so viel Freundlichkeit im Umgang miteinander und Interesse an wirklicher Transdisziplinarität bekommt der deutsche Homo academicus selten zu Gesicht. Justizministerin Brigitte Zypries, die sich bei der Eröffnung schon auf greifbare Konferenz-Ergebnisse freute, dürfte enttäuscht worden sein. Von den Zwängen offizieller Abschlusskommunikés befreit, gingen die 2000 Wissenschaftler ganz in ihren Gesprächsrunden auf.

Die Matrix, die alle Sektionen mehr oder minder intensiv berührten, waren die Menschenrechte im Zeitalter der Globalisierung. Ob Verfassungs- oder Verbraucherrecht, Umwelt- oder Familienfragen, „human rights“ standen allenthalben auf der Agenda. Besonders augenfällig prägten sie naturgemäß die Panels, die sich mit Sicherheit, Terrorismus und rechtsstaatlichen Prozeduren befassten. Dabei blieben Amerikaner, Israelis und Palästinenser weitgehend unter sich, was zwar den geopolitischen Kern des Problems widerspiegeln mag, aber angesichts der weltweiten Bedeutsamkeit doch einigermaßen erstaunte.

Eine nachgerade kriegerische Aufladung des Völkerrechts nach dem 11. September 2001 machte der Kolumbianer René Uruena (Universität Helsinki) aus: Markierten internationale Vereinbarungen zuvor eine Grenze, so werden sie seitdem als Waffe im Krieg gegen den Terror eingesetzt, und zwar unter Umgehung nationalen Rechts. Am anschaulichsten lässt sich das am amerikanischen Beispiel studieren. Die Juristen Richard Abel (University of California) und Peter Margulies (Roger Williams University) traten nicht nur im Zwillinglook an – beige Hose, blaues Hemd, offenbar die Berufsuniform amerikanischer Rechtsgelehrter –, sondern vertraten auch einhellig die Einschätzung, dass George W. Bush mit Ludwig XIV. nur noch eine Staatsdefinition kenne: „L'état, c'est moi.“

Weißer Folter

Wer heute in den USA als Terrorverdächtiger verhaftet wird, hat schlechte Karten. Exemplarisch für die Winkelzüge der Bush-Regierung steht der Fall des 2002 inhaftierten José Padilla, der als „enemy combatant“ deklariert und in Militärhaft verbracht wurde – ohne Aussicht auf einen regulären Strafprozess. Padilla setzte sich zur Wehr, das Verfahren ging durch die Instanzen, mit dem Erfolg, so Abel, „dass Bush selbst bei Parteifreunden auf Granit biss.“ Republikanische Richter entschieden reihenweise gegen den Präsidenten und ermöglichten so den derzeit laufenden Strafprozess gegen Padilla.

Padillas Aussagen sind in einem regulären Verfahren jedoch kaum verwertbar; sie entstanden unter Folter. „Abu Ghraib war ein Glück für die Menschenrechte“, erklärte Lisa Hajjar (University of California) bei einem Roundtable über „Folter und Sicherheitsstaat“ und bestätigte damit, was auf vielen Podien bereits angeklungen war: Die Folter-Fotos aus dem irakischen Gefängnis widerlegten sämtliche Lippenbekenntnisse der Bush-Administration. „Weißer Folter“, also das Quälen Gefangener, ohne sichtbare körperliche Spuren zu hinterlassen, ist nicht nur in Guantanamo gang und gäbe, wie Wortmeldungen aus Israel und Südamerika belegten. Die Frage, ob man das Problem „weit verbreiteter und systematischer Folter“ (Leigh Payne, University of Wisconsin) in den Griff bekommen und aus der gegenwärtigen Empörung eine weltweite Anti-Folter-Bewegung schmieden kann, blieb freilich offen.

Optimistischer gestimmt war das Quartett, das über die Globalisierung des Verfassungsrechts debattieren sollte. Spalte – denn die Juristen begnügten sich mit der Verlesung ihrer Referate, was einem Rückfall in teutonische Universitätsgepflogenheiten gleichkam. „Globalisierung bedeutet Menschenrechte“, resümierte Brun-Otto Bryde, Richter am Bundesverfassungsgericht. Dass diese Gleichung für die islamische Welt derzeit nicht gilt, machte der südafrikanische Experte François Venter geltend. Jutta Limbach, ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, empfahl „informelle Netzwerke von Entscheidern“. Auch diesbezüglich können wir von den Amerikanern eine Menge lernen.

DORION WEICKMANN